

INFORMATIONEN

aus der amtlichen Statistik

**Nr. 3/ 2006
Juli – September 2006
(1039999-06003)**

Statistisches Bundesamt

Zur Information der Mitglieder des Statistischen Beirats.
Nachdruck oder Berichterstattung nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Inhalt	Seite
Präsident Johann Hahlen zum Staatssekretär im BMI ernannt	5
92. DGINS-Konferenz „Damit das System funktioniert“ am 21. und 22. September 2006 in Krakau	5
Konferenz Europäischer Statistiker (UN-CES)	6
Statistische Woche in Dresden	7
Prof. Dr. Heinz Grohmann erhält Bundesverdienstkreuz	8
Besuch von Staatssekretär Dr. Hans Bernhard Beus, BMI	9
Besuch von Dr. Rainer Wend, MdB	9
Besuch von Herrn Prof. Dr. Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft	9
Besuch aus dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften	9
Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen	10
CONSO+ Web: Englisches Kontaktformular	10
Statistisches Jahrbuch 2006	10
Zahlenkompass 2006	11
Datenreport 2006	11
Strategy and Programme Plan 2006 - 2010	12
Grundsatzfragen der Bundes- und Internationalen Statistik, Informationsverbreitung	12
Bürokratiekostenmessung: Methodenhandbuch des Bundes liegt vor	12
Veröffentlichung des DIW Berlin zur Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken	13
Neue Ausgabe des Newsletters „Statistik ohne Grenzen“	14
Fraktionsrunde 2006 des i-Punkt Berlin im 16. Deutschen Bundestag	14
i-Punkt Berlin zum fünften Mal beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung	15
Industrie	16
Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse	16
Preise, Außenhandel, Verkehr, Verdienste	16
Verdienststatistikgesetz am 26. Juli 2006 im Bundeskabinett beschlossen	16
Neuer Preismonitor für Verbraucher im Internet	16
Neuer Erzeugerpreisindex „Güterkraftverkehr, Frachtumschlag, Lagerei“	17
Im Blickpunkt: Verkehr in Deutschland 2006	17
Arbeitskosten 2004: 33 Euro Nebenkosten auf 100 Euro Lohn	18
Volkszählung, Bevölkerung, Bildung	18
Intensive Vorbereitung des registergestützten Zensus beginnt	18
Neue Bevölkerungsvorausberechnung in Vorbereitung	19
Neue Gemeinschaftsveröffentlichung „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“	19
Kulturfinanzbericht 2006 erschienen	20
Gesundheit, Soziales, Private Haushalte	20
Einführung des Elterngeldes	20
10,6% des Bruttoinlandsprodukts für Gesundheit ausgegeben	21
Gesundheit in Deutschland	21
Neuer Bericht „Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung: Kreisvergleich“	21
Erste EVS-Nutzerkonferenz	21
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 jetzt als Public-Use-File erhältlich	22
Personalnachrichten	23

Anhang

Tagungskalender

Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes, Stand: 15. September 2006



Präsident Johann Hahlen zum Staatssekretär im BMI ernannt

Mit der Urkundenübergabe durch Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble am 9. Oktober 2006 wurde der bisherige Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, zum Staatssekretär im Bundesinnenministerium ernannt. Staatssekretär Johann Hahlen übernimmt den Aufgabenbereich von Staatssekretär Dr. Hans Bernhard Beus, der zum 1. Oktober 2006 in das Bundeskanzleramt gewechselt war.

Als Staatssekretär im Bundesministerium des Innern ist Johann Hahlen seit dem 9. Oktober 2006 für die sechs BMI-Abteilungen „Grundsatz“, „Öffentlicher Dienst“, „Verfassungs- und Verwaltungsrecht“, „Sport“, „Verwaltungsmodernisierung“ und die „Zentralabteilung“ verantwortlich.

Nachfolgend wird ein Brief von Präsident Johann Hahlen an die Mitglieder des Statistischen Beirats abgedruckt:

Sehr geehrte Damen und Herren,
nach 11 Jahren im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden werde ich in den nächsten Tagen nach Berlin wechseln und dort im Bundesministerium des Innern die Funktion eines beamteten Staatssekretärs übernehmen.

In meiner Zeit als Leiter des Statistischen Bundesamtes habe ich die Zusammenarbeit mit Ihnen im Statistischen Beirat als ausgesprochen hilfreich und kooperativ erlebt. Ich möchte Ihnen dafür herzlich danken und Sie bitten, diese Zusammenarbeit auch mit meinem/meiner Nachfolger/in, über die noch nicht entschieden ist, fortzusetzen.

Die amtliche Statistik besitzt für Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland eine große Bedeutung, weil – um mit der Bundeskanzlerin zu sprechen – die Politik mit der Betrachtung der Wirklichkeit beginnt. Deshalb betrachte ich die derzeitige, sicher notwendige Entbürokratisierungsdiskussion insoweit mit einer gewissen Sorge, als sie sich mitunter in der Forderung nach Abschaffung oder Reduzierung von Statistiken erschöpft. Ich wäre Ihnen deshalb sehr dankbar, wenn Sie in Ihren Arbeitsbereichen für eine moderne informationelle Grundversorgung durch die deutsche amtliche Statistik eintreten würden. Die Statistischen Ämter von Bund und Ländern werden –

da bin ich sicher – alles daransetzen, unser Statistiksysteem zukunftsorientiert, innovativ, aktuell, effizient und belastungsarm weiter zu entwickeln.

Mit den besten Wünschen für Sie und Ihre Arbeit

Johann Hahlen

92. DGINS-Konferenz „Damit das System funktioniert“ am 21. und 22. September 2006 in Krakau

Die Konferenz der Leiter der nationalen Statistischen Zentralämter (DGINS) findet einmal jährlich alternierend in einem Mitgliedstaat statt. Dieses Jahr hatte das Statistische Amt Polens eingeladen. Ziel der DGINS-Tagungen, die Seminarcharakter haben, ist die Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems (ESS).

Die zweitägige Tagung stand unter dem Motto „Making the System work“. Die Thematik wurde in einer Vielzahl von Amtsleitern der Nationalen Statistischen Ämter (NSÄ) aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet und in einer abschließenden Podiumsdiskussion analysiert.

Akzente setzte die Eröffnungsrede von Professor Tim Holt, dem früheren Leiter des ONS Großbritannien. Im Mittelpunkt seines Referats stand die Frage, ob das ESS künftig stärker auf pan-europäische Belange ausgerichtet sein solle und ob Eurostat auf internationaler Ebene künftig eine deutlich stärkere Rolle spielen solle als bislang. Hierzu seien u.a. ausreichende Kapazitäten der Statistikämter, eine gemeinsame Aus- und Weiterbildung der Statistiker des ESS und ein sehr gutes Qualitätsmanagement erforderlich. Denkbar sei auch die Erstellung eines Index zur Messung der Funktionsfähigkeit des ESS.

Die Tagung selbst war in drei Sessions unterteilt:

1. Gemeinsam arbeiten im ESS
2. Die Effizienz im ESS steigern
3. Die institutionelle Zukunft des ESS

Alle Referenten sahen Fortschritte seit der DGINS-Tagung im Jahr 2002 (die damalige Tagung in Palermo hatte sich ebenfalls mit der Zukunft des ESS

befasst und mündete in einen so genannten „Aktionsplan von Palermo“), die aber durch die Eurostat-Krise in den letzten Jahren ins Stocken geraten seien. Der Präsident des Statistischen Bundesamtes hielt einen Vortrag zum Thema „Was sind die Schlüsselfaktoren zur Steigerung der Effizienz im ESS – Visionen aus Sicht eines Mitgliedstaates.“ Er stellte verschiedene Modelle zur Verbesserung des ESS vor:

- Weitentwicklung der sogenannten „Centres and Networks of Excellence CENEX“ (ein oder mehrere NSÄ führen Gemeinschaftsaufgaben für alle NSÄ in der EU durch); Einrichtung einer zentralen Servicestelle bei Eurostat; klarere Abgrenzung der CENEX-Themen; bessere Formen der Finanzierung.
- Übernahme von Patenschaften der NSÄ für einzelne Statistikthemen, u.a. zur Bearbeitung von Querschnittsthemen.
- Effizientere Organisation der Aus- und Weiterbildung auf europäischer Ebene (European Statistical Training Programme, ESTP) – entweder im Rahmen von CENEX oder durch eine Rahmenvereinbarung zwischen Eurostat und den NSÄ.
- Verbessertes gemeinsames Qualitätsmanagement (u.a. Stärkung der koordinierenden Rolle der Statistischen Ämter gegenüber anderen Institutionen, die europäische Statistiken bereitstellen).
- Effizientere Programmplanung (bessere Einbindung der Mitgliedstaaten in die statistische Jahres- und Mehrjahresprogrammplanung, stärkere Prioritätensetzung).

Zur Umsetzung der Ergebnisse der DGINS-Tagung wird das Statistische Bundesamt die Partnerschaftsgruppe befragen: Diese sollte eine Task Force zur Erarbeitung eines neuen Aktionsplans zur Weiterentwicklung des ESS („Aktionsplan von Krakau“) einsetzen. Deutschland wird sich an diesen Arbeiten beteiligen.

Die nächste DGINS-Tagung wird im September 2007 in Ungarn stattfinden. Das Thema ist noch offen.

Konferenz Europäischer Statistiker (UN-CES)

Vom 13. bis 15. Juni 2006 fand unter dem Vorsitz von Katherine Wallman, USA, die 54. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) in Paris statt. Die CES ist ein hochrangiges Statistikgremium der Regionalkommission der UN für Europa und nimmt eine Zwischenstellung zwischen UN- und EU-Ebene ein. Sie berät in ihren jährlichen Sitzungen u. a. über das Statistische Arbeitsprogramm der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE). Daneben konzentrieren sich die CES-Sitzungen jeweils auf zwei Seminar-Themen, die unter Beteiligung der Mitgliedstaaten gewählt werden.

Das erste Seminar zum Thema „Bevölkerungs- und Wohnungszensus“ wurde von Großbritannien in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern von Frankreich und USA organisiert. Die Vortragenden beleuchteten Rolle und Nutzung von Zensen, verschiedene Wege der technischen und methodischen Ausgestaltung sowie Herausforderungen der Einführung und des Managements von Zensen. Frankreich stellte u.a. das Verfahren der rollierenden Inventur vor. Deutschland berichtete in einem Supporting Paper über die Pläne zur Durchführung des Zensus in Deutschland. Insgesamt zeichnete sich eine Spaltung in Befürworter des herkömmlichen Zensus als Primärerhebung und in Befürworter der Nutzung von Registern ab, was eine weltweite Vergleichbarkeit der Ergebnisse der künftigen Zensusrunde vermutlich erschweren wird. Der deutsche Vertreter plädierte dafür, künftig stärker die Qualität des Outputs der verschiedenen Methoden zu untersuchen. Im Vordergrund stand die Verabschiedung von offiziellen Empfehlungen der CES für die Zensusrunde 2010. Der empfohlene Merkmalskranz ist maßgebliche Grundlage der Durchführung des Zensus in den europäischen Ländern. Nach derzeitigem Sachstand möchte Eurostat in dem geplanten Rechtsakt zum Zensus die Erhebung der von der CES empfohlenen Kernvariablen auf europäischer Ebene verpflichtend vorschreiben.

Das zweite Seminar war dem Thema „Humanressourcen und Fortbildung“ gewidmet. Die Vorbereitungsarbeiten hatte Tschechien in Zusammenarbeit mit Finnland, Kanada und Eurostat übernommen. Die Vortragenden beleuchteten moderne Methoden der

Aus- und Fortbildung (eLearning) und der Personalentwicklung. Eurostat berichtete über die geplanten Aktivitäten zum Neuaufbau eines Europäischen Statistischen Trainings-Programms. Weitere Vorträge befassten sich mit der Rolle der amtlichen Statistik bei der Erziehung der Bevölkerung, wobei Fallbeispiele für nutzerfreundliches Lehrmaterial an Schulen und Universitäten vorgestellt wurden. Deutschland legte ein Invited Paper zum Personalentwicklungskonzept des Statistischen Bundesamtes vor und war intensiv an den Diskussionen beteiligt.

Neben den beiden Seminarthemen standen auch andere Fachthemen auf der Tagesordnung:

Die Konferenz verabschiedete „Leitlinien und Prinzipien für die Statistische Geheimhaltung und die Bereitstellung von Mikrodaten“, die unter Federführung des Leiters des australischen Statistikamtes entwickelt worden sind. In das Dokument sind die Ergebnisse einer Befragung bei den Statistischen Ämtern eingeflossen. Die Leitlinien enthalten eine Reihe von Beispielen für „Good practices“ aus anderen Ländern und bieten auch für die amtliche Statistik in Deutschland wertvolle Ansätze.

Basierend auf Peer Reviews der statistischen Ämter der Niederlande und Italiens befasste sich die CES mit der Kriminalitätsstatistik. Insgesamt stellte die CES im Bereich der Kriminal- und Rechtspflegestatistiken ein großes Defizit an international vergleichbaren Daten fest. Zur Harmonisierung der Kriminalpolitik sei eine bessere Datengrundlage unverzichtbar. International vergleichbare Daten könnten am ehesten für den Bereich der Opferbefragungen (Viktimisierungsstudien) gewonnen werden; die internationalen Bemühungen sollten sich zunächst auf diesen Bereich konzentrieren.

Die nächste CES-Sitzung findet voraussichtlich Mitte Juni 2007 in Genf statt. Folgende Seminarthemen sollen behandelt werden:

- Ways to increase the Productivity of the Statistical Offices and to conduct Statistical Programmes more efficiently and effectively
- Measurement of Capital – Measurement of Intangibles (immaterielle Güter).

Statistische Woche in Dresden

Vom 18. bis 21. September 2006 fand in den Räumen der Technischen Universität Dresden die Statistische Woche 2006 statt. Sie wurde wieder gemeinsam von der Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStatG), dem Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt), und der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) veranstaltet.

Das Schwerpunktthema, das die Vorträge der Plenarsitzungen begleitet hat, war die Belastung der Unternehmen durch amtliche Statistiken. Präsident, Vizepräsident sowie sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes trugen dazu bei, die insgesamt rund 500 Teilnehmer aus sechs Ländern über aktuelle Themen der amtlichen Statistik zu informieren.

In seiner Eröffnungsrede zum Thema „Amtliche Statistik und Entlastung der Befragten“ hat der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, erläutert, dass in der Koalitionsvereinbarung der Regierungskoalition auch der Abbau von Statistikpflichten zu den vordringlichen Maßnahmen gezählt wird. Dabei soll besonders der Mittelstand von wachstumshemmender Überregulierung befreit werden. Präsident Hahlen ging dabei zunächst auf die Einführung des sog. Standardkosten-Modells nach niederländischem Vorbild in Deutschland ein, zu der im Statistischen Bundesamt ein eigener Arbeitsbereich eingerichtet wurde. Damit sollen in Deutschland die durch Informationspflichten verursachten Bürokratiekosten zuverlässig und objektiv erfasst werden. Bis zum Ende der Legislaturperiode soll dann ein konkretes Rückführungsziel bei diesen Bürokratielasten erreicht werden. Anschließend zeigte er auf, wie weitere Erfolge bei der Entlastung der Befragten erzielt werden können und gleichzeitig das statistische System innovativ, aktuell, zukunftsorientiert und effizient aufgestellt werden kann.

Zu dem zentralen Thema der diesjährigen Statistischen Woche, der Belastung der Unternehmen durch amtliche Statistiken, hat das Statistische Bundesamt gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft auf der Statistischen Woche in Dresden auch ein Pressegespräch mit Statements von Vizepräsident Walter Radermacher und Prof. Dr. Reiner Stäglin

vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin veranstaltet.

Der Themenkreis „Belastung der Unternehmen durch amtliche Statistiken“ wurde von Dr. Roland Gnos mit seinem Referat zum Thema „Entlastungspotenziale für Unternehmensstatistiken“ weiter vertieft. Er machte deutlich, dass mit der Reform der Unternehmensstatistik die Statistischen Ämter u. a. auch das Ziel verfolgen, die Belastung der Unternehmen und Betriebe durch statistische Berichtspflichten wo immer möglich weiter zu reduzieren. Dr. Gnos erläuterte, wie neben der reinen Reduktion von Informationsinhalten und der Nutzung alternativer Informationsquellen auch methodische und technische Möglichkeiten der Datengewinnung dazu beitragen können, das Erhebungsgeschäft zu erleichtern bzw. belastungsärmer zu gestalten.

Jürgen Schmidt hielt einen Hauptvortrag zum Thema „Stichprobe versus Abschneideverfahren am Beispiel der Konjunkturstatistik in der Industrie“.

Die Referate von Markus Zwick über „CAMPUS Files - kostenfreie Public Use Files für die Lehre“, Dr. Daniel Vorgrimler und Susan Kriete-Dodds über die Konzeption eines Panels aus Daten der Einkommensteuerstatistik sowie Dr. Holger Heidrich-Riske über aktuelle Aktivitäten zur Nutzung des Raumbezuges in der amtlichen Statistik beendeten die Vortragsreihe der diesjährigen Statistischen Woche aus der Sicht des Statistischen Bundesamtes.

Jürgen Chlumsky ist im Rahmen der Statistischen Woche zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses „Methodik statistischer Erhebungen“ gewählt worden.

Die Statistische Woche 2007 wird vom 24. bis 27. September 2007 in Kiel stattfinden.

Prof. Dr. Heinz Grohmann erhält Bundesverdienstkreuz

Prof. Dr. Heinz Grohmann aus Kronberg im Taunus ist mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Damit werden das Lebenswerk von Prof. Dr. Grohmann, sein herausragendes ehrenamtliches Engagement, sein Wirken als Hochschullehrer und seine

Verdienste um die amtliche Statistik in Deutschland gewürdigt.

Prof. Dr. Grohmann, geboren am 21. Februar 1921 in Dresden, war von 1970 bis 1987 Professor für Statistik an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt und übte mehr als zwei Jahrzehnte lang gestaltende Funktionen in der Deutschen Statistischen Gesellschaft aus. Für die amtliche Statistik war Prof. Dr. Grohmann über vier Jahrzehnte – auch in seinem Ruhestand – ein engagierter und kritischer Ratgeber. Als Mitglied des Expertenkreises für Bevölkerungsvorausberechnungen unterstützt er das Statistische Bundesamt noch heute.

Besonders hervorzuheben ist seine Tätigkeit als Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats für Mikrozensus und Volkszählung im Statistischen Bundesamt von 1989 bis 1991. Seine damals weitsichtigen Vorschläge für die Einführung eines unterjährig Mikrozensus wurden schließlich im neuen Mikrozensusgesetz von 2005 umgesetzt. Ein erster Schwerpunkt seines wissenschaftlichen Wirkens war das Thema „Demografie und Rentenversicherung“. Dazu hat Prof. Dr. Grohmann als Sachverständiger mit großer Weitsicht, wenn auch seinerzeit vergeblich, unter anderem bereits zu Beginn der 1980er-Jahre eine Rentenformel mit demografischer Komponente vorgeschlagen.

Besonderes ehrenamtliches, der Gemeinschaft dienendes Engagement bewies Prof. Dr. Grohmann nach der deutschen Vereinigung. Damals engagierte er sich sofort für die Statistiklehrstühle an ostdeutschen Universitäten, hielt Vorlesungen und versorgte die Lehrstühle mit Literatur und anderen Ausstattungsgegenständen. Später unterstützte er zwischen 1996 und 2002 intensiv ein Austauschprogramm der Justus-Liebig-Universität Gießen mit der Kazan State University in Tatarstan (Russische Föderation) – in dieser Region hatte Prof. Dr. Grohmann lange Jahre in russischer Kriegsgefangenschaft verbracht. Auch dort hielt er Vorlesungen, insbesondere über Wirtschaftsstatistik, versorgte die Hochschulkollegen mit wissenschaftlicher Literatur und machte sie mit westlichen Standards vertraut.

Prof. Dr. Grohmann hat mit seinem vielfältigen Wirken in der Statistik in einmaliger Weise wissenschaftliche Theorie und Praxis verbunden. Die amtliche Statistik in Deutschland ist ihm zu großem Dank

verpflichtet und freut sich mit ihm über die Verleihung des Verdienstordens.

Besuch von Staatssekretär Dr. Hans Bernhard Beus, BMI

Am 15. August 2006 besuchte der Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Dr. Hans Bernhard Beus, in Begleitung des Abteilungsleiters O, Ministerialdirektor Dr. Reinhard Timmer, und des Unterabteilungsleiters G I, Ministerialdirigent Michael Scheuring, das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Dr. Beus ist im BMI für die Zentralabteilung, Grundsatzfragen Europa und internationale Entwicklungen sowie den Öffentlichen Dienst verantwortlich, Dr. Timmer betreut das Thema Bürokratieabbau. Neben der Vorstellung des Statistischen Bundesamtes durch Präsident Johann Hahlen wurden die Programmpunkte „Das deutsche Statistische System im europäischen Kontext“, „Neue Organisationsmodelle für die Aufgabenerfüllung in der amtlichen Statistik“ und „Bürokratiekostenmessung“ behandelt. Abschließend stellten die Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter ihre Arbeitsbereiche vor.

Besuch von Dr. Rainer Wend, MdB

Am 18. August 2006 besuchte der Bundestagsabgeordnete Dr. Rainer Wend (SPD) das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Dr. Wend ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie. Seine Arbeitsschwerpunkte im Deutschen Bundestag sind Mittelstandspolitik und Entbürokratisierung. Entsprechend ergaben sich die Schwerpunkte seines Gesprächs mit der Amtsleitung und Vertretern der Abteilungen: Bürokratieabbau, besonders im Zusammenhang mit dem geplanten zweiten Mittelstandsentlastungsgesetz, das registergestützte System der Unternehmensstatistik, Bürokratiekostenmessung mit dem Standardkosten-Modell, Grenzen der Entlastung von Statistikpflichten im Hinblick auf das Funktionieren des Systems der amtlichen Statistik und schließlich Wege zu mehr Effizienz durch „eStatistik“. Abschließend sprach Dr. Wend mit der Personalvertretung.

Besuch von Herrn Prof. Dr. Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft

Am 27. September 2006 besuchte der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, Prof. Dr. Michael Hüther, in Begleitung von Herrn Dr. Hans-Peter Klös (Geschäftsführer und Leiter des Wissenschaftsbereichs I Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik), Herrn Dr. Rolf Kroker (Geschäftsführer und Leiter des Wissenschaftsbereichs II Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik), Herrn Dr. Karl Lichtblau (Geschäftsführer IW-Consult) und Prof. Dr. Michael Grömling (Wissenschaftsbereich II – Wachstum, Konjunktur und Verteilung) das Statistische Bundesamt in Wiesbaden.

Neben der Vorstellung des Statistischen Bundesamtes durch Präsident Johann Hahlen wurden die Programmpunkte „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Aktualität versus Genauigkeit und Messbarkeit von VGR-Größen (Revision des SNA)“ und Taxpayer-Panel behandelt.

Anschließend führte Herr Dr. Klös durch den Programmpunkt „Arbeitsmarktstatistik/ Bildungsbudget“, Herr Dr. Kroker durch den Programmpunkt „Nettosozialleistungsquote (OECD-Konzept)“ und Herr Dr. Lichtblau durch den Programmpunkt „Güter- und Warenklassifikationen“.

Besuch aus dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften

Am 8. September 2006 besuchten die im Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) für Wirtschafts- und Regionalstatistik zuständige neue Direktorin, Frau Steinbuka, und ihr Team (die Gruppenleiter Wurm, Newson und Makaronidis) das Statistische Bundesamt.

Herr Vizepräsident Radermacher hieß die hochrangigen Gäste aus Luxemburg herzlich willkommen. An der Sitzung nahmen auch die Leitungsebene und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedener Fachabteilungen teil.

Die Gespräche wurden in der Sache ergebnisorientiert und zugleich in einer angenehmen Atmosphäre geführt. Sie tragen sicherlich dazu bei, die Zusammenarbeit zwischen Eurostat und dem Statistischen Bundesamt weiter zu verbessern.

Folgende Themen wurden behandelt:

1. Präsentation der Aufgaben der vor rund einem Jahr neu gegründeten Abteilung D bei Eurostat
2. Interne Qualitätsuntersuchungen bei Eurostat
3. Strategische Weiterentwicklung wichtiger Themen: u.a. Schnellschätzungen, Saisonbereinigungsverfahren und Revisionen im Bereich Konjunkturstatistik; Indikatorensysteme; Preisstatistik.

Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen

CONSO+ Web: Englisch Kontaktformular

Das Internetangebot des Statistischen Bundesamtes ist unter www.destatis.de/kontakt/e_index.php um das englische Kontaktformular erweitert worden. Damit kann ab sofort auch englisch sprechenden Kunden ein optimaler Service angeboten werden.

Das Kontaktformular ist direkt mit CONSO+ Web verbunden. Die von den Kunden in das Kontaktformular eingetragenen Informationen werden nach CONSO+ Web übertragen. Auf diesem Weg erfolgt auch eine Übersetzung der von den Kunden im Kontaktformular verwendeten englischen Begriffe, wie z.B. die Angabe der Nutzerkategorie oder das Land, so dass CONSO+ Web unabhängig vom Eingangskanal ein einheitliches Bild bietet.

Die Kundenkontakte werden automatisch nach Dubletten geprüft, zu bereits bestehenden Kontaktdaten zugeordnet bzw. ein neuer Kundenkontakt eröffnet und dann von CONSO+ Web-Anwendern medienbruchfrei bearbeitet.

Statistisches Jahrbuch 2006

Das Statistische Jahrbuch ist der „Klassiker“ unter den Publikationen des Statistischen Bundesamtes und zugleich das umfassendste statistische Nachschlagewerk auf dem deutschen Markt. Es besteht aus zwei Bänden: dem Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland und dem Statistischen Jahrbuch für das Ausland.

Neben der klassischen Buchausgabe in hochwertiger Verarbeitung steht mit der Ausgabe 2006 das Statistische Jahrbuch erstmals vollständig kostenlos zum Download im Internet zur Verfügung. Unter www.destatis.de/jahrbuch kann der Inhalt sowohl komplett als auch themenbezogen im PDF-Format heruntergeladen werden. Dieses kostenfreie Angebot löst die bislang erstellte CD-ROM ab.

Das Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland informiert über demographische, ökonomische, soziale und kulturelle Verhältnisse und Entwicklungen in Deutschland. Es stellt die Entwicklung der Bevölkerung ebenso detailliert dar wie die Lage der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes, die Löhne, die Preise und die Staatsfinanzen. Angaben zum Bildungs- und Gesundheitswesen, zu kulturellen Einrichtungen und Freizeit sowie zu den Sozialleistungen und zur Umwelt vervollständigen das Bild.

In der Ausgabe 2006 des Statistischen Jahrbuchs für die Bundesrepublik Deutschland gibt es einige inhaltliche Neuerungen gegenüber dem Vorjahr: So enthält das Kapitel „Arbeitsmarkt“ mit Blick auf die aktuelle öffentliche Diskussion zum Elterngeld beispielsweise Daten zur Erwerbstätigkeit von Männern nach dem Familienstand und der Zahl der Kinder. Das Kapitel „Produzierendes Gewerbe“ bringt erstmals eine Tabelle zur Energieverwendung der Betriebe. Und das Kapitel „Finanzen und Steuern“ informiert über die Planungen der öffentlichen Haushalte für das Jahr 2006.

Das Statistische Jahrbuch für das Ausland berichtet über Strukturen und Entwicklungen fast aller Länder der Welt. Ein erster Teil enthält umfassende, zuverlässige und harmonisierte statistische Ergebnisse zur Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten; die Daten für die Eurozone werden vielfach zusätzlich ausgewiesen. Ein zweiter Teil befasst sich mit den politischen, soziodemographischen, kulturellen, wirtschaftlichen, infrastrukturellen und ökologischen Aspekten im weltweiten Vergleich. Die Ausgabe 2006 ist wieder zweisprachig in Deutsch und Englisch verfasst. Sie enthält erstmals ein Kapitel mit dem Titel „Informationsgesellschaft“.

Das Statistische Jahrbuch 2006 für die Bundesrepublik Deutschland und für das Ausland kann als Buch im Schuber zum Preis von 84,- Euro (Bestell-Nr. 1010100-06700-1, ISBN-10: 3-8246-0771-9, ISBN-

13: 978-3-8246-0771-6) erworben werden. Einzel kostet das Statistische Jahrbuch 2006 für die Bundesrepublik Deutschland 67,- Euro (Bestell-Nr. 1010110-06700-1, ISBN-10: 3-8246-0773-5, ISBN-13: 978-3-8246-0773-0) und das Statistische Jahrbuch 2006 für das Ausland 31,- Euro (Bestell-Nr. 1010120-06700-1, ISBN-10: 3-8246-0774-3, ISBN-13: 978-3-8246-0774-7). Alle Produkte sind im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/shop zu bestellen oder im Buchhandel erhältlich.

Zahlenkompass 2006

Der „Zahlenkompass 2006“ bietet mit einer Vielzahl gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Indikatoren einen Überblick über die Lebensbedingungen in Deutschland und insbesondere die Lage der deutschen Wirtschaft.

In 29 Kapiteln werden die vier großen Themenbereiche „Land und Leute“, „Lebensbedingungen“, „Wirtschaft“ sowie „Deutschland und die Welt“ in kurzen Texten, übersichtlichen Tabellen und Grafiken anschaulich dargestellt. Die aktuelle Ausgabe wurde um Informationen zu den Arbeitskosten in Deutschland und in Europa erweitert, im Kapitel „Umwelt“ wurden Informationen zur Freisetzung wassergefährdender Stoffe und Daten zu den laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz ergänzt. Ebenfalls neu aufgenommen wurden Angaben aus der ILO-Arbeitsmarktstatistik.

Der 154 Seiten umfassende „Zahlenkompass 2006“ kann zum Preis von 6,- Euro direkt über den Statistik-Shop (www.destatis.de/shop) des Statistischen Bundesamtes oder über den Vertriebspartner (SFG Servicecenter Fachverlage; Part of Elsevier Group, Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, Tel. 07071/93-5350, Telefax 07071/93-5335; E-Mail destatis@s-fg.cpm; www.destatis.de/shop) bestellt werden.

Zeitgleich mit der deutschen Ausgabe ist auch die inhaltlich deckungsgleiche englische Ausgabe „Key Data on Germany 2006“ erschienen, die über dieselben Vertriebswege bezogen werden kann.

Datenreport 2006

Wie viele Menschen in Deutschland bestreiten ihren Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit? Wie entwickelt sich hierzulande der demografische Wandel? Wie zufrieden sind die Menschen mit der Demokratie? Wie beurteilen die Deutschen ihr eigenes Leben? Antworten auf diese und viele weitere Fragen gibt der neu erschienene „Datenreport 2006“. Die nunmehr zum elften Mal, erstmals im Jahr 1983, veröffentlichte Standardpublikation informiert detailliert über zentrale gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen in Deutschland.

Das Besondere am „Datenreport“ ist, dass Informationen aus der amtlichen Statistik und Ergebnisse der wissenschaftlichen Sozialforschung in einem Band vereint sind. Der erste Teil des Datenreports skizziert mit den Daten des Statistischen Bundesamtes die Lebensbedingungen in Deutschland. Die Sozialwissenschaft stellt im zweiten Teil die Entwicklung der Lebensverhältnisse und des subjektiven Wohlbefindens auf der Grundlage von sozialwissenschaftlichen Erhebungen der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung dar. Die Beteiligung der Bundesbürger am politischen System ist ebenso Thema wie Veränderungen im sozialen Bereich. Dokumentiert wird zum Beispiel auch, wie sich der Ausstoß von Treibhausgasen oder der Flächenverbrauch hierzulande entwickelt. Dabei werden dem Leser nicht nur die Fakten geliefert, sondern die Entwicklungen werden allgemein verständlich erklärt und durch zahlreiche Schaubilder verdeutlicht.

Teil I des Datenreports 2006 „Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik“, der vom Statistischen Bundesamt erstellt wurde, deckt das vielfältige Themenspektrum der amtlichen Statistik ab. Er bietet zahlreiche Informationen zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland und in der Europäischen Union.

Im zweiten Teil der Publikation, der vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA) bearbeitet wurde, steht die subjektive Wahrnehmung und Bewertung der Lebensbedingungen durch die Bevölkerung im Blickpunkt des Interesses. Damit wird das Informationsangebot der amtlichen Statistik um Erkenntnisse über Werthaltungen, Er-

wartungen und Präferenzen der Menschen in Deutschland erweitert.

Der Datenreport 2006 kann gegen eine Schutzgebühr von 4,- Euro zuzüglich Versandkosten als kartonierte Buchausgabe (Bestell-Nr. 1010400-06900-1) oder als kostenfreier Download im PDF-Format (Bestell-Nr. 1010400-06900-4) über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/shop) bezogen werden. Die Buchausgabe ist auch direkt über den Vertriebspartner des Statistischen Bundesamtes (SFG Servicecenter Fachverlage; Part of Elsevier Group, Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, Tel. 07071/93-5350, Telefax 07071/93-5335; E-Mail destatis@s-f-g.cpm; www.destatis.de/shop) erhältlich.

Strategy and Programme Plan 2006 - 2010

Der Strategie- und Programmplan 2006 - 2010 ist nun auch in englischer Übersetzung elektronisch und als gebundene Ausgabe verfügbar. Interessierten aus dem internationalen Publikum gibt er eine übersichtliche Darstellung des Arbeitsprogramms der Bundesstatistik und beantwortet unter anderem die Fragen:

- Wie ist das System der amtlichen Statistik in Deutschland konzipiert?
- In welcher Beziehung steht es zur europäischen amtlichen Statistik?
- Wie lauten die strategischen Ziele des Statistischen Bundesamtes?
- Welche Statistiken und sonstige Produkte erstellt das Statistische Bundesamt?
- Welche Maßnahmen (Projekte) plant das Statistische Bundesamt, um sein Arbeitsprogramm zu entwickeln?
- Wer sind die Ansprechpartner für unsere Produkte?

Die Publikation kann unter www.destatis.de (› English › About Us) kostenlos heruntergeladen werden. Sie steht auch im Statistik-Shop als kostenloser pdf-Download oder als gebundene Ausgabe für 17,80 Euro zur Bestellung bereit.

Grundsatzfragen der Bundes- und Internationalen Statistik, Informationsverbreitung

Bürokratiekostenmessung: Methodenhandbuch des Bundes liegt vor

Die Bundesregierung hat am 17. August 2006 ihr Handbuch zur Ermittlung und Reduzierung der durch bundesstaatliche Informationspflichten verursachten Bürokratielasten der Öffentlichkeit vorgestellt.

Staatsministerin Hildegard Müller, Koordinatorin für das Thema Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung im Bundeskanzleramt: „Mit der Vorlage des Handbuchs zur Einführung des Standardkosten-Modells auf der Bundesebene wurde ein weiterer wichtiger Meilenstein erreicht. Auf Basis der nunmehr festgelegten Methodik wird das Statistische Bundesamt bis Ende des Jahres die bestehenden Informationspflichten der Wirtschaft identifizieren, mit der Messung der Bürokratiekosten Anfang 2007 beginnen und nach Abschluss der Messungen konkrete und verbindliche Abbauziele festlegen.“

In ihrem Programm Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung, das das Bundeskabinett am 25. April 2006 beschlossen hat, hatte sich die Bundesregierung verpflichtet, ein Bürokratiekosten-Messverfahren auf der Grundlage des in den Niederlanden entwickelten und dort bereits erfolgreich erprobten Standardkosten-Modells einzuführen.

Johann Hahlen, Präsident des Statistischen Bundesamtes: „Erfahrungen aus anderen Ländern haben gezeigt, dass eine einheitliche und verbindliche Methodik unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg des Modells ist. Das Statistische Bundesamt hat sich bei der Erarbeitung des Handbuchs weitgehend an den internationalen Erfahrungen und bereits vorhandenen Handbüchern orientiert.“

Das Statistische Bundesamt wird neben den Bundesministerien weiterhin maßgeblichen Anteil an der Fortentwicklung der Methode und der Klärung von Anwendungsfragen haben. Auch die Zeitaufwandsmessung wird vom Statistischen Bundesamt durchgeführt und gesteuert. Das Statistische Bundesamt kann für die Durchführung der Standardkostenmessung auf seine methodischen und praktischen Erfah-

rungen zurück greifen. Das Amt verfügt im Umgang mit den gefragten Erhebungsmethoden über die notwendige Kompetenz und steht darüber hinaus regelmäßig in Kontakt mit der Wirtschaft.

Weitere Auskünfte gibt Telefon: (0611) 75-4361, E-Mail: skm@destatis.de

Veröffentlichung des DIW Berlin zur Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken

Rund 64 Minuten im Monat beträgt der durchschnittliche Aufwand für Unternehmen, die zu amtlichen Statistiken melden. Dies ist ein zentrales Ergebnis der Studie „Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken“ des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), die im Rahmen der Reihe „DIW Berlin: Politikberatung kompakt“ erschienen ist.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie hat das DIW, basierend auf Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, die Belastung der Unternehmen durch die amtliche Statistik bei rund 75 000 Unternehmen repräsentativ ermittelt. Die Ergebnisse zeigen, dass 85 % der knapp 3,5 Mill. Unternehmen in Deutschland 2004 überhaupt nicht zu einer Erhebung der statistischen Ämter herangezogen wurden. Die knapp 529 000 Unternehmen (15 %), die zu einer oder mehreren Statistiken befragt wurden, mussten im Durchschnitt rund 64 Minuten im Monat für Fragen der amtlichen Statistik aufwenden.

Die Ergebnisse zeigen aber auch große Unterschiede in der Belastung zwischen den Auskunftspflichtigen. So hatten kleinere Unternehmen (bis 9 Beschäftigte) einen durchschnittlichen Meldeaufwand von lediglich einer halben Stunde im Monat, bei Großunternehmen (ab 500 Beschäftigte) belief sich der Aufwand dagegen auf durchschnittlich zehn Stunden. Auch nach Wirtschaftsbereichen gibt es beim Meldeaufwand eine große Spanne. Die Bearbeitungszeit der Statistiken beim Verarbeitenden Gewerbe lag mit durchschnittlich rund drei Stunden im Monat um gut zwei Stunden über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt von 64 Minuten. Den weitaus größten Meldeaufwand verursachte die Intrahandelsstatistik. Über 40 % des gesamten Statistikaufwands waren durch sie bedingt.

„Gute Politik braucht gute Statistik. Hochwertigen Statistiken steht ein entsprechender Aufwand bei den Auskunftgebenden gegenüber. Das Verhältnis zwischen Aufwand und Nutzen zu verbessern, ist eine Daueraufgabe“, so der Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, bei der Pressekonferenz des DIW Berlin zur Vorstellung der Ergebnisse der Studie.

„Das Anfang Juli beschlossene erste ‚Mittelstands-entlastungsgesetz‘ ist ein Beispiel dafür, dass dieses Bestreben auch zu konkreten Ergebnissen führt: Unter anderem wird die Statistik der Baufertigstellungen nur noch jährlich statt monatlich erstellt und die Lohn- und Gehaltsstrukturerhebung 2007 ausgesetzt. Bei den Statistiken im Produzierenden Gewerbe werden Betriebe mit weniger als 50 tätigen Personen von der Berichtspflicht zum Monatsbericht und zur monatlichen Produktionserhebung befreit.

Auch bei der Intrahandelsstatistik wurden inzwischen Erleichterungen umgesetzt, die sich in den Ergebnissen der Belastungsstudie noch nicht niederschlagen. Zum 1. Januar 2005 wurde per Gesetz die Anmeldeschwelle von 200 000 Euro auf 300 000 Euro je Handelsrichtung und Jahr angehoben. Insgesamt wurden rund 15 800 Unternehmen so von Berichtspflichten über den Warenverkehr in der EU befreit.

Trotz der geschilderten Fortschritte gibt es für die Entlastung der Unternehmen von statistischen Berichtspflichten auch Grenzen: Die amtliche Statistik ist ein System aufeinander abgestimmter Basisstatistiken; schon punktuelle Streichungen können das statistische System als Ganzes gefährden. Auch dürfen EU-Verordnungen und Richtlinien nicht ignoriert werden. Da etwa zwei Drittel aller statistischen Erhebungen auf europäischen Rechtsvorschriften basieren, haben nationale Anstrengungen zur Entbürokratisierung durch Statistikabbau von vornherein eine begrenzte Reichweite.“

Die Studie „Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken“ ist in der Reihe „DIW Berlin: Politikberatung kompakt“ als Heft Nr. 19 im Internetangebot des DIW unter www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diwkompakt/aktuell/index.jsp kostenlos abrufbar.

Neue Ausgabe des Newsletters „Statistik ohne Grenzen“

Die aktuelle Ausgabe 01/2006 des Newsletters „Statistik ohne Grenzen“ setzt die regelmäßige Berichterstattung über die Tätigkeit der internationalen Statistik-Kooperation fort. Die neue Ausgabe informiert über die Aktivitäten in der ersten Jahreshälfte 2006.

Dieser Zeitraum war von intensiven Planungsarbeiten für den erfolgreichen Start zweier Twinning-Projekte geprägt. Ein Projekt mit dem Ziel der Einführung verschiedener Aspekte des Total Quality Managements wurde im Statistikamt Lettlands begonnen. Das zweite neue Twinning-Projekt behandelt eine Reihe statistischer Fachthemen. Partner ist hier das Statistikamt der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien. Hierbei handelt es sich um das erste große Kooperationsprojekt des Statistischen Bundesamtes mit einem der Länder des westlichen Balkans.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Vorbereitung eines EU-Beihilfeprojektes zur Unterstützung des Statistikamtes der Russischen Föderation auf den Gebieten „Nutzung von Unternehmensregistern“ und „Messung der Arbeitsproduktivität“. Gleichzeitig wird die Kooperation mit Russland im Rahmen eines Weltbankprojektes vertieft: Gemeinsam mit einem Beratungsunternehmen führt das Statistische Bundesamt eine Reihe von vier Seminaren für jeweils 20 leitende Mitarbeiter des Statistiksystems Russlands, insbesondere aus den regionalen Statistikämtern, durch.

Neben diesen neu begonnenen Projekten informiert „Statistik ohne Grenzen“ auch über die laufenden Kooperationsmaßnahmen. So bildete der Besuch des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Herrn Johann Hahlen, im bulgarischen Statistikamt in Sofia einen der Höhepunkte des Twinning-Projektes mit Bulgarien. Ein Artikel zum Türkei-Projekt thematisiert die Experteneinsätze zum Institutionenaufbau (Statistical Capacity Building), die die fachstatistischen Komponenten flankieren.

Abgerundet wird die aktuelle Ausgabe wie gewohnt durch einen detaillierten Überblick aller Kooperationsmaßnahmen in den einzelnen statistischen Fach- und Querschnittsbereichen.

Die aktuelle Ausgabe kann kostenlos unter www.destatis.de/allg/d/veroe/d_pub.htm abgerufen werden.

Fraktionsrunde 2006 des i-Punkt Berlin im 16. Deutschen Bundestag

Wie in den zurückliegenden Legislaturperioden führte der i-Punkt Berlin für die nach der Bundestagswahl am 18. September 2005 neu konstituierten Fraktionen des 16. Deutschen Bundestages statistische Informationsveranstaltungen durch. Ziel der Veranstaltungen war es, den vielfach neuen Mitarbeitern der Fraktionen und der MdBs das Informationsangebot der amtlichen Statistik vorzustellen, das ihnen bei ihrer parlamentarischen Arbeit und zur Unterstützung politischer Entscheidungsprozesse als verlässliche Datenbasis zur Verfügung steht. Darüber hinaus zielten die Vorträge darauf ab, das Kompetenzzentrum für Statistik des Statistischen Bundesamtes im Deutschen Bundestag vorzustellen, das seit Januar 2004 als direkter Ansprechpartner für Fraktionen, MdBs und die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages operiert und diese bei statistischen Anfragen berät.

Insgesamt konnten zu den fünf Informationsveranstaltungen, die allesamt unter Moderation und Leitung von Herrn Präsident Hahlen stattfanden, fast 140 Mitarbeiter der Fraktionen und der MdBs begrüßt werden. Die Auftaktveranstaltung fand am 23. März 2006 bei der SPD-Fraktion statt, den Abschluss bildete die Präsentation bei der Fraktion DIE LINKE am 12. September 2006.

Die Präsentationen beinhalteten eine einleitende Vorstellung des Statistischen Bundesamtes als zentralen Informationsdienstleister, der Organisation, des Auftrages sowie der Anstrengungen der amtlichen Statistik zum Bürokratieabbau und zur Entlastung von Unternehmen und Befragten. Einen Schwerpunkt der Veranstaltungen bildete die Vorstellung aktueller statistischer Themen und Entwicklungen mit hoher bundespolitischer Relevanz (z.B. ILO-Arbeitsmarktstatistik, Bevölkerungsentwicklung und nächste Volkszählungsrunde, Lebensbedingungen). Die Vorstellung des Kompetenzzentrums für Statistik und seiner Serviceleistungen sowie die Präsentation der Online-Zugangswege zur deutschen

und europäischen Statistik gaben dem Ganzen den nötigen praktischen Bezug.

Die große Resonanz auf die Fraktionsrunde 2006 ließ sich an den intensiven Diskussionsrunden im Anschluss an die einzelnen Vorträge und Präsentationen erkennen. Neben allgemeinen Fragen zur Datenaktualität und -qualität, zur Datenbereitstellung und Preisgestaltung bestimmten vielfältige Sachthemen der Statistik wie die nächste Volkszählungsrunde, die Konjunktur- und Arbeitsmarktentwicklung sowie die soziale Lage in Deutschland die Fragerunden. Insbesondere mit Blick auf die nächste Volkszählung, deren Kosten, Organisation und Durchführung ließen sich aus den dazu gestellten Fragen wichtige Erkenntnisse gewinnen, die für die Vorbereitung einer geeigneten Kommunikations- und Medienstrategie von Nutzen sein können. So müssen künftig Antworten auf derart provokante Fragen wie die folgenden gegeben werden können: „Wieso jetzt eine Volkszählung, es ging doch bisher auch ohne!“ oder „Was ist daran so schlimm, wenn die Bevölkerung derzeit nicht genau erfasst ist?“ oder „Glauben Sie, dass die Politik bessere Entscheidungen trifft, wenn sie ein genaues Bevölkerungsabbild hat“ oder „Was habe ich persönlich eigentlich davon, wenn der Staat alles über mich weiß?“

Der Erfolg der Fraktionsrunde 2006 ließ sich auch daran messen, dass eine Vielzahl positiver Rückmeldungen zu den Veranstaltungen im Kompetenzzentrum für Statistik einging. Rund 40 Teilnehmer nutzten die Gelegenheit zu Bestellungen von Informationsmaterialien der amtlichen Statistik im Anschluss an die Vorstellungen. Darüber hinaus konnte eine Reihe von Direktbesuchen von Veranstaltungsteilnehmern im Servicebüro vermeldet werden, in denen vertiefende Fachgespräche geführt und statistische Beratungsleistungen für die entsprechenden Fraktions- und MdB-Mitarbeiter erbracht wurden und so neue Kunden aus dem Deutschen Bundestag für die amtliche Statistik gewonnen werden konnten.

Neben den Fraktionspräsentationen führte der i-Punkt Berlin gemeinsam mit den Fachabteilungen des Statistischen Bundesamtes seit Ende 2005 mehrere fachstatistische Informationsveranstaltungen für die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages durch, die einen engen inhaltlichen Bezug zu wichtigen aktuellen politischen Themen hatten. In

diesem Zusammenhang fanden bislang Veranstaltungen zur Relevanz der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für wichtige politische Reformvorhaben sowie zur Dynamik des Arbeitsmarktes auf der Basis der ILO-Arbeitsmarktstatistik statt.

Nicht zuletzt als Reaktion auf all diese Initiativen konnte im Zeitraum Januar bis September 2006 eine Zahl von insgesamt 833 Anfragen aus dem Deutschen Bundestag an das Kompetenzzentrum für Statistik registriert werden. Bei Fortdauer dieser Anfragenentwicklung dürfte auf das Jahr 2006 hochgerechnet die Zahl der Anfragen aus dem Vorjahr (2005: 992 Anfragen) deutlich übertroffen und ein neuer Höchststand der Statistikanfragen erreicht werden.

i-Punkt Berlin zum fünften Mal beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung

Am Wochenende des 26. und 27. August 2006 hatte die Bundesregierung die Bürgerinnen und Bürger wieder zum Staatsbesuch eingeladen: Das Bundeskanzleramt, das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung sowie alle Bundesministerien hatten von 10 bis 18 Uhr ihre Türen geöffnet. Mehr als 150 000 Besucher nutzten die Möglichkeit, einmal als Staatsgast hinter die Kulissen der Politik zu blicken.

Der i-Punkt Berlin war zum fünften Mal als Repräsentant des Statistischen Bundesamtes mit einem Informationsstand im Bundesministerium des Innern vertreten und zählt damit zum bewährten Stamm der Aussteller. Nach den Führungen durch das Gebäude nahmen sich viele der rund 6 000 Besucher des Bundesministeriums des Innern die Zeit, am Stand des i-Punkt Berlin Informationen über die deutsche und europäische Statistik zu erhalten. Besonderes Interesse galt der CD-ROM „Fakten über Deutschland“, die eine Vielzahl aktueller Ergebnisse über die Lebensverhältnisse und die wirtschaftliche und ökologische Entwicklung in Deutschland aus dem Veröffentlichungsprogramm des Statistischen Bundesamtes enthält. Online-Vorführungen am PC stellten Interessenten das Internetangebot der amtlichen Statistik vor.

Wie in den Vorjahren bot die Veranstaltung eine willkommene Gelegenheit, das Statistische Bundesamt einem breiten Publikum in der Hauptstadt als modernen Informationsdienstleister vorzustellen.

Industrie

Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse

Das erste Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft vom 22. August 2006 (BGBl. I S. 1970) ist am 25. August 2006 veröffentlicht worden.

Nach Artikel 4 des Gesetzes wird im Rahmen der Hochbaustatistik die Periodizität der Erhebung der Baufertigstellungen von monatlich auf jährlich verlängert.

Nach Artikel 5 des Gesetzes wird die Statistik über die Struktur der Arbeitsverdienste und Arbeitszeiten für 2007 ausgesetzt, da für das Jahr 2006 eine entsprechende Erhebung auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates vom 9. März 1999 zur Statistik über die Struktur der Verdienste und Arbeitskosten (ABl. EG Nr. L 63 S. 6) durchgeführt wird.

Artikel 10 des Gesetzes betrifft folgende Änderungen im Bereich der Statistik im Produzierenden Gewerbe:

- Einführung einer Abschneidegrenze von 50 und mehr tätigen Personen für die monatlichen Erhebungen im Produzierenden und Verarbeitenden Gewerbe
- Verzicht auf die Erhebung der Angabe zum Geschlecht der tätigen Personen im Rahmen der Jahrerhebung bei Unternehmen
- Verzicht auf die Erhebung für fachliche Betriebsteile im Rahmen der Erhebung bei Betrieben des Fertigteilbaus
- Einführung einer Definition für die Begriffe „Unternehmen“ und „Betriebe“.

Im Rahmen der Änderung der Gewerbeordnung nach Artikel 11 des Gesetzes wird die Statistik der Gewerbeummeldungen eingestellt. Durch gleichzeitige Schaffung einer Übermittlungsregelung wird jedoch sichergestellt, dass die entsprechenden Informatio-

nen den statistischen Ämtern weiterhin für das Statistikregister zur Verfügung stehen.

Die Artikel 5 und 11 des Gesetzes sind am 26. August 2006 in Kraft getreten. Die Artikel 4 und 10 treten am 1. Januar 2007 in Kraft, so dass eine reibungslose Umstellung der betroffenen Erhebungen gewährleistet ist.

Preise, Außenhandel, Verkehr, Verdienste

Verdienststatistikgesetz am 26. Juli 2006 im Bundeskabinett beschlossen

Am 11. August 2006 wurde der Entwurf eines Gesetzes über die Statistik der Verdienste und Arbeitskosten (Verdienststatistikgesetz-VerdStatG) von der Bundesregierung beschlossen.

Mit dem Entwurf des Verdienststatistikgesetzes, durch welchen das geltende Gesetz über die Lohnstatistik abgelöst werden soll, wird die Basis zur Durchführung von bundeseinheitlichen regelmäßigen Statistiken in Form von Stichprobenerhebungen über Verdienste und Arbeitskosten in nahezu allen Bereichen der Wirtschaft für wirtschaftspolitische Planungsentscheidungen geschaffen.

Mit der Umgestaltung des Lohnstatistiksystems soll die Wirtschaft von Berichtspflichten entlastet und die nationale Rechtsgrundlage an die Berichtspflichten Deutschlands nach EG-Recht angepasst werden.

„Die Reform der Lohnstatistik ist ein gutes Beispiel für intelligenten Bürokratieabbau“, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Hartmut Schauerte. „Die Wirtschaft wird entlastet, ohne dass es zu wesentlichen Einschnitten in die Leistungsfähigkeit der amtlichen Statistik kommt“, so Schauerte weiter. Das neue Verdienststatistikgesetz soll das aus den 50er Jahren stammende Lohnstatistikgesetz ablösen.

Neuer Preismonitor für Verbraucher im Internet

Aufgrund der öffentlichen Diskussion über die Preiswirkungen der geplanten Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland gehen im Statistischen Bundesamt viele Anfragen zur Preisentwicklung bei Konsumgü-

tern ein. Seit kurzem bietet das Statistische Bundesamt daher einen „Preismonitor“ im Internet an, mit dem sich Verbraucher unter www.destatis.de/preismonitor über die Preisentwicklung ausgewählter Waren und Dienstleistungen informieren können. Die Auswahl der Güterarten hat das Statistische Bundesamt in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. vorgenommen; dabei wurde berücksichtigt, dass im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion oft die häufig gekauften Waren und Dienstleistungen stehen, auch wenn auf diese Güter manchmal nur ein kleiner Teil der Konsumausgaben der Haushalte entfällt.

Der Preismonitor wird regelmäßig aktualisiert und bis Mitte 2007 fortgeschrieben. Die Daten des Preismonitors beziehen sich immer auf den Monat Juni 2006. In den Grafiken ist angegeben, um wie viel Prozent die Preise im jeweiligen Monat höher oder niedriger liegen als im Bezugsmonat Juni 2006.

Der Preismonitor gibt keinen Aufschluss darüber, ob eine Preiserhöhung bei einer Güterart tatsächlich auf die Mehrwertsteueranhebung zurückzuführen ist oder ob sie auf anderen Ursachen beruht. Die Frage, ob eine Preiserhöhung bei einer bestimmten Güterart durch die Mehrwertsteuererhöhung verursacht wurde, kann vom Statistischen Bundesamt nicht beantwortet werden. Die amtliche Preisstatistik kann aber zuverlässige Daten zur Preisentwicklung der in Deutschland gekauften Waren und Dienstleistungen liefern und damit zur Versachlichung der Diskussion beitragen.

Die Daten der amtlichen Preisstatistik beruhen auf Preisbeobachtungen, die von den Preiserhebern Monat für Monat in 40 000 Geschäften und Dienstleistungsbetrieben aus 188 Gemeinden in Deutschland durchgeführt werden. Mengen- oder Qualitätsänderungen werden bei der Preismessung berücksichtigt. Verringert zum Beispiel ein Anbieter die Packungsgröße eines Produktes bei gleich bleibendem Preis, so wird dies in der Preisstatistik als Preiserhöhung verbucht.

Weitere Informationen zur Erhebung der Verbraucherpreise und zur allgemeinen Preisentwicklung in Deutschland enthält die Broschüre „Im Blickpunkt: Preise in Deutschland 2006“, die unter www.destatis.de/shop kostenlos zur Verfügung steht; im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes sind

auch vollständige, zusammengefasste Tabellenergebnisse zur Verbraucherpreisentwicklung kostenlos als Fachserie 17 „Preise“, Reihe 7 „Verbraucherpreisindizes für Deutschland“ erhältlich.

Neuer Erzeugerpreisindex „Güterkraftverkehr, Frachtumschlag, Lagerei“

Nach der im Dezember 2005 gestarteten Vorbefragung zur Ableitung der Gewichte des neuen Erzeugerpreisindex läuft seit April 2006 die Feldarbeit zur Erhebung von Preisen für Leistungen in den Bereichen Güterkraftverkehr, Frachtumschlag und Lagerei nach § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Preisstatistik (Preisstatistikgesetz) vom 9. August 1958 (BGBl. III Gliederungs-Nr. 720-9). Im Rahmen dieser Erhebung werden etwa 500 Unternehmen und Einrichtungen des Speditions-, Logistik- und Umschlaggewerbes und damit etwa 1% aller Unternehmen dieses Bereiches befragt. Um die Belastung von Kleinbetrieben so gering wie möglich zu halten, werden Unternehmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 250 000 Euro von der Befragung ausgenommen. Für kleine Unternehmen ist außerdem eine rollierende Stichprobe vorgesehen, das heißt die Firmen verbleiben etwa zwei bis drei Jahre in der Stichprobe und werden dann durch andere ersetzt.

Eine Erstveröffentlichung des Index ist für das Frühjahr 2007 vorgesehen, da dann zum ersten Mal Daten mit Bezug auf einen Vorjahreszeitraum zur Verfügung stehen werden. Preisindizes sollen zeitnah, möglichst 30 Tage nach Quartalsende veröffentlicht werden.

Weitere Auskünfte erteilt Telefon 0611/75-4314.

Im Blickpunkt: Verkehr in Deutschland 2006

Täglich sind wir Teil des Verkehrsgeschehens – sei es als Fußgänger oder Radfahrer, als Mofa-, Motorrad- oder Autofahrer oder als Passagier im öffentlichen Personenverkehr. Individuelle Mobilität und Gütertransporte vom Rohstoff bis hin zum fertigen Produkt sind Voraussetzung für Wirtschaften und Handeln, Tourismus und Freizeitaktivitäten. Neben diesen positiven Effekten können Transporte auch mit negativen Auswirkungen verbunden sein – wie Verkehrsunfällen und Umweltbelastungen.

„Im Blickpunkt: Verkehr in Deutschland 2006“ richtet sich an Leser aus allen Teilen unserer Gesellschaft. Der Band informiert über die Bedeutung des Verkehrssektors, über die deutsche Verkehrsinfrastruktur und über Fahrzeugbestände. Dargestellt wird weiterhin, warum, wie und wohin Menschen und Güter unterwegs sind. Ein Kapitel zu den negativen Verkehrsauswirkungen – wie dem Unfallgeschehen und verkehrsbedingten Emissionen – rundet die Veröffentlichung ab.

Die gedruckte Ausgabe der Veröffentlichung ist zum Preis von 9,80 Euro im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/shop) oder im Buchhandel erhältlich (ISBN: 3-8246-0764-6). Außerdem steht der komplette Inhalt als PDF-Datei zum kostenfreien Download im Statistik-Shop zur Verfügung.

Arbeitskosten 2004: 33 Euro Nebenkosten auf 100 Euro Lohn

Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes zahlten im Jahr 2004 die Arbeitgeber im produzierenden Gewerbe und in den marktbestimmten Dienstleistungsbereichen pro 100 Euro Bruttolohn und -gehalt im Durchschnitt zusätzlich gut 33 Euro Lohnnebenkosten. Davon entfielen 20 Euro auf die Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung, 6 Euro auf die betriebliche Altersversorgung, knapp 3 Euro auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und im Mutterschutz, rund 2 Euro auf Kosten des Personalabbaus sowie fast 3 Euro auf sonstige Lohnnebenkosten.

Diese Ergebnisse stammen aus der Arbeitskostenerhebung 2004, die der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, am 31. August 2006 bei einer Pressekonferenz in Berlin vorgestellt hat.

Weitere Ergebnisse zu Höhe, Struktur, regionalen Unterschieden und Entwicklung der Arbeitskosten enthält die Pressebroschüre „Was kostet Arbeit in Deutschland – Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung 2004“, die unter www.destatis.de kostenlos heruntergeladen werden kann.

Weitere Auskünfte gibt Telefon: (0611) 75-3858, E-Mail: arbeitskosten@destatis.de

Volkszählung, Bevölkerung, Bildung

Intensive Vorbereitung des registergestützten Zensus beginnt

Mit dem Kabinettsbeschluss vom 29. August 2006 hat die Bundesregierung die Grundsatzentscheidung getroffen, dass sich Deutschland an der kommenden EU-weiten Zensusrunde 2010/2011 mit einem registergestützten Verfahren beteiligen wird. Damit beginnt für die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder die nächste Vorbereitungsphase für einen registergestützten Zensus, der in den kommenden Jahren ein zentrales Projekt der amtlichen Statistik sein wird. Die Erhebung heißt registergestützt, da sie im Unterschied zu einer traditionellen Volkszählung vorrangig Daten vorhandener Verwaltungsregister nutzen wird.

Ziel des Zensus ist es, verlässliche Zahlen zur Bevölkerung in Deutschland und deren Arbeits- und Wohnverhältnissen zu gewinnen. Diese Eckdaten werden außerdem eine Vielzahl von Statistiken, wie zum Beispiel die Bevölkerungsfortschreibung oder den Mikrozensus, auf eine neue Grundlage stellen. Im Unterschied zu früheren Volkszählungen erfolgt keine traditionelle Erhebung, bei der alle Einwohner befragt werden. Das Verfahren des registergestützten Zensus nutzt stattdessen hauptsächlich Verwaltungsregister – vor allem die der Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit. Daneben werden Informationen über Gebäude und Wohnungen, über die es keine flächendeckenden Verwaltungsdaten gibt, postalisch bei den Gebäude- und Wohnungseigentümern erfragt. Ergänzende Stichproben ermitteln per Interviews beispielsweise Daten zu Ausbildung und Bildung, die ebenfalls nicht in den Verwaltungsunterlagen vorliegen. Bei allem geht es nicht um die individuellen Lebensverhältnisse der einzelnen Bürgerinnen und Bürger. Vielmehr sollen – bei strikter Wahrung des Statistikgeheimnisses – Strukturdaten ermittelt werden.

Die amtliche Statistik hat diese Methode in den Jahren 2001 bis 2003 getestet. Das Verfahren des registergestützten Zensus wird zu ebenso belastbaren Ergebnissen führen wie eine traditionelle Volkszählung. Zugleich werden die Bürgerinnen und Bürger weniger belastet, da nur ein Teil der Einwohner be-

fragt wird; darüber hinaus werden für den registrierte Zensus deutlich geringere Kosten anfallen.

Ab sofort informiert das Statistische Bundesamt in seinem Internetangebot unter der Adresse www.destatis.de/zensus über den registrierte Zensus.

Neue Bevölkerungsvorausberechnung in Vorbereitung

Das Statistische Bundesamt bereitet turnusgemäß die nächste Bevölkerungsvorausberechnung – es ist die 11., die mit den Statistischen Ämtern der Länder koordiniert wird – vor. Sie wird auf dem Bevölkerungsstand Ende 2005 basieren und wie die 10. Bevölkerungsvorausberechnung vom Juni 2003 bis zum Jahr 2050 reichen. Für die zurzeit laufenden Berechnungen sind Annahmen zur Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung und der Wanderungen erforderlich, die im Expertenkreis „Bevölkerungsvorausberechnungen“ beraten wurden.

Geburtenhäufigkeit

Es werden drei alternative Annahmen zugrunde gelegt. Zum einen wird davon ausgegangen, dass die gegenwärtige Geburtenhäufigkeit (zusammengefasste Geburtenziffer) von knapp 1,4 Kindern je Frau, die seit drei Jahrzehnten auf diesem Niveau verharrt, praktisch konstant bleiben wird. Um die Auswirkungen von Änderungen im Geburtenverhalten auf die Bevölkerungsentwicklung zu verdeutlichen, wird das Szenario um zwei andere Annahmen erweitert: Zum einen wird ein Anstieg der zusammengefassten Geburtenziffer auf 1,6 bis zum Jahr 2025 mit anschließender Konstanz und zum anderen ein Absinken auf 1,2 Kinder je Frau bis zum Jahr 2050 angesetzt. Alle drei Annahmen beruhen auf Untersuchungen zum altersspezifischen Geburtenverhalten.

Lebenserwartung

Die Lebenserwartung ist in Deutschland in den letzten 130 Jahren aus verschiedenen Gründen erheblich angestiegen. Für die Vorausberechnung wird davon ausgegangen, dass sie auch weiter, allerdings langsamer als in der Vergangenheit, zunehmen wird. In der Basisannahme zur Lebenserwartung wird für das Jahr 2050 von einer durchschnittlichen Lebenserwartung neugeborener Jungen von 83,5 und neugebore-

ner Mädchen von 88,0 Jahren ausgegangen. Mit einer alternativen hohen Annahme werden die Folgen einer noch stärkeren Zunahme der durchschnittlichen Lebenserwartung bis zur Obergrenze von 85,4 (Jungen) bzw. 89,8 (Mädchen) Jahren betrachtet. Heute liegt die Lebenserwartung Neugeborener bei 75,9 bzw. 81,5 Jahren.

Für 60-jährige Männer bzw. Frauen ergeben sich nach der Basisannahme im Jahr 2050 noch 25,3 bzw. 29,1 Jahre und nach der hohen Annahme 27,2 bzw. 30,9 Jahre an weiterer Lebenserwartung. Heute beträgt diese so genannte „fernere Lebenserwartung“ 60-jähriger Männer 20,0 und diejenige gleichaltriger Frauen 24,1 Jahre.

Außenwanderungen

Die Wanderungen über die Grenzen Deutschlands haben in der Vergangenheit stark geschwankt. Es werden daher zwei Annahmen getroffen, die langfristig jährliche Wanderungsüberschüsse von 100.000 bzw. 200.000 Personen (Deutsche und Ausländer zusammen) vorsehen. Daraus ergibt sich ein Korridor, innerhalb dessen sich das langfristige Wanderungsgeschehen abspielen dürfte.

Die Ergebnisse der Vorausberechnung werden voraussichtlich im November 2006 im Rahmen einer Pressekonferenz veröffentlicht.

Dem Expertenkreis „Bevölkerungsvorausberechnungen“, mit dem die Annahmen zur 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung abgestimmt wurden, gehören Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft, Fachleute, die eigene Vorausberechnungen durchführen, und besonders interessierte Nutzer an.

Weitere Auskünfte erteilt Telefon 0611/75-2708.

Neue Gemeinschaftsveröffentlichung „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“

Am 13. September 2006 legten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erstmals die Gemeinschaftsveröffentlichung „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ vor. Diese Veröffentlichung bietet eine Ergänzung zur jährlich im September erscheinenden Veröffentlichung „Bildung auf einen Blick“ der Organisation für wirtschaft-

liche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), indem ausgewählte OECD-Indikatoren für Deutschland in einer Gliederung nach Bundesländern dargestellt werden. Die Gemeinschaftsveröffentlichung soll künftig jährlich erstellt werden. Sie enthält Indikatoren aus folgenden vier Themenbereichen:

- Bildungsergebnisse und die Auswirkung von Lernen
- Die in Bildung investierten Finanz- und Humanressourcen
- Bildungszugang, Bildungsbeteiligung und Bildungserwartung (in Jahren)
- Das Lernumfeld und die Organisation von Schulen

Die Veröffentlichung umfasst über 100 Seiten und ist über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/shop) oder das gemeinsame Statistik-Portal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (www.statistik-portal.de) sowohl als PDF-Datei zum kostenlosen Download als auch in gedruckter Fassung zum Preis von 16,- Euro zuzüglich Versandkosten zu beziehen.

Die Printausgabe kann auch über den Buchhandel oder direkt über den Vertriebspartner des Statistischen Bundesamtes (SFG Servicecenter Fachverlage; Part of Elsevier Group, Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, Tel. 07071/93-5350, Telefax 07071/93-5335; E-Mail destatis@s-f-g.cpm; www.destatis.de/shop) bestellt werden.

Weitere Auskünfte erteilt Telefon 0611/75-4152.

Kulturfinanzbericht 2006 erschienen

Bund, Länder und Gemeinden gaben im Jahr 2005 nach vorläufigen Berechnungen rund 8,03 Mrd. Euro für Kultur aus. In Relation zur Wirtschaftskraft Deutschlands erreichten die öffentlichen Ausgaben für Kultur – wie in den Jahren zuvor – einen Anteil von knapp 0,4% am Bruttoinlandsprodukt.

Diese und weitere Ergebnisse bietet der Kulturfinanzbericht 2006, der in Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz, dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und dem Deutschen Städtetag entstand und bereits zum dritten Mal seit dem Jahr 2000 von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder veröffentlicht wurde.

Die elektronische Version des Kulturfinanzberichtes 2006 wird als PDF-Datei im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/shop) zum Preis von 12,- Euro angeboten. In gedruckter Form ist der Kulturfinanzbericht 2006 über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes und den Buchhandel für 16,- Euro zu beziehen. Ergänzendes Zahlenmaterial zur Kulturfinanzierung von Bund und Ländern im Berichtszeitraum 1975 bis 2005 steht im Statistik-Shop zum Preis von 4,- Euro im Format Excel als Download-Angebot zur Verfügung. Ausführliche Tabellen zu den Kulturausgaben der deutschen kreisfreien Städte und aller Städte über 100 000 Einwohner sind im Statistik-Shop kostenfrei verfügbar.

Der Kulturfinanzbericht 2006 kann auch über das gemeinsame Statistik-Portal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (www.statistik-portal.de) bezogen werden.

Gesundheit, Soziales, Private Haushalte

Einführung des Elterngeldes

Das Elterngeld soll das Erziehungsgeld mit dem Ziel ablösen, Familien bei der Sicherung ihrer Lebensgrundlage zu unterstützen, wenn sich die Eltern vorrangig um die Betreuung ihrer Kinder kümmern.

Da sich die grundsätzlichen Fragen zum Elterngeld und seiner Weiterentwicklung im Hinblick auf die Ziele des Gesetzgebers nur auf einer fundierten statistischen Grundlage beantworten lassen, sehen die §§ 22 ff. des Entwurfs die Einführung einer Bundesstatistik vor.

Neben der Höhe der bewilligten Leistung sind zum Beispiel die jeweiligen Grundlagen für den Bezug der Leistung, die Inanspruchnahme und Anzahl der Partnermonate von Interesse, um entsprechende Erkenntnisse daraus ableiten zu können. Um bereits zeitnah nach der Einführung dieser neuen familienpolitischen Leistung Informationen über die Inanspruchnahme von Elterngeld zu erhalten, werden im Jahr 2007 die Angaben vierteljährlich für jeden gestellten Antrag, ab dem Jahr 2008 dann für jeden beendeten Leistungsbezug erhoben. Die Erhebung soll zentral beim Statistischen Bundesamt erfolgen.

Die Elterngeldstatistik löst die bislang vom Statistischen Bundesamt aufbereitete Geschäftsstatistik zum Erziehungsgeld ab.

Das Gesetz soll zum 1. Januar 2007 in Kraft treten.

10,6% des Bruttoinlandsprodukts für Gesundheit ausgegeben

Im Jahr 2004 wurden in Deutschland insgesamt 234,0 Milliarden Euro für Gesundheit ausgegeben, das heißt 0,2% mehr als im Jahr 2003 (2002/2003: + 2,5%). Das waren 10,6% des Bruttoinlandsprodukts. Seit dem Jahr 1995 sind die Gesundheitsausgaben bis 2004 um 47,5 Milliarden Euro angestiegen (+ 25,5%). Dies entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung von 2,6%. Diese und weitere Ergebnisse zu den Gesundheitsausgaben, den Krankheitskosten und zum Gesundheitspersonal hat der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, am 16. August 2006 auf einer Pressekonferenz in Berlin vorgestellt.

Detaillierte Ergebnisse zu diesen Themen enthält die Pressebroschüre „Gesundheit – Ausgaben, Krankheitskosten und Personal 2004“. Sie ist im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de (Pfad: Presse/ Presseveranstaltungen) kostenlos abrufbar.

Weitere Auskünfte gibt: Auskunftsdienst Gesundheitsrechensysteme, Telefon: (01888) 644-8234, E-Mail: gesundheitsrechensysteme@destatis.de

Gesundheit in Deutschland

Im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung (GBE) des Bundes ist der neue Bericht „Gesundheit in Deutschland“ fertig gestellt worden. Er wird vom Robert Koch-Institut in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt herausgegeben und wurde am 18. September 2006 vom Bundesministerium für Gesundheit der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Bericht gibt einen umfassenden Überblick über den Gesundheitszustand der deutschen Bevölkerung und das Gesundheitswesen in Deutschland.

Dazu wurden Kapitel aus dem 1998 erschienenen ersten Gesundheitsbericht aktualisiert, Inhalte aus

den GBE-Themenheften integriert, Informationslücken geschlossen und neue Themen aufbereitet.

Der Bericht und ein Tabellenanhang stehen im Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes (www.gbe-bund.de) als PDF-Dateien zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Neuer Bericht „Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung: Kreisvergleich“

Mit den Berichten über die Statistik der Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung, die seit 1999 zweijährlich durchgeführt wird, stellt das Statistische Bundesamt kostenlose elektronische Publikationen über die Ergebnisse dieser Statistik zur Verfügung.

Der 1. Bericht beinhaltet die Deutschlandergebnisse zu den Pflegebedürftigen sowie über die ambulanten Pflegedienste und die Pflegeheime einschließlich des Personals, im 2. Bericht werden die Länderergebnisse über die Pflegebedürftigen dargestellt, im 3. Bericht werden die Länderdaten über die ambulanten Pflegedienste verglichen und der 4. Bericht enthält die Länderergebnisse zu den Pflegeheimen.

Für das Jahr 2003 wurde erstmals eine gemeinsame Veröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erstellt, die einen Überblick über die Pflegebedürftigen und Pflegeeinrichtungen in allen 439 Kreisen in Deutschland gibt.

Dieser neue Bericht „Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung: Kreisvergleich“ steht, wie die übrigen Berichte zur Pflegeversicherung, im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de, Pfad: Publikationen Fachveröffentlichungen_Sozialleistungen_Bericht zur Pflegestatistik 2003) zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Erste EVS-Nutzerkonferenz

Am 19. und 20. Oktober 2006 findet in Mannheim erstmalig eine Nutzerkonferenz zu den Möglichkeiten der Forschung mit Mikrodaten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) statt.

Alle fünf Jahre werden private Haushalte in Deutschland im Rahmen der EVS zu ihren Einnahmen und Ausgaben, zur Vermögensbildung, zur Ausstattung mit Gebrauchsgütern und zur Wohnsituation befragt.

2003 fand die EVS nach den Erhebungen der Jahre 1962/63, 1969, 1973, 1978, 1983, 1988, 1993 und 1998 zum neunten Mal statt. Im Jahr 2008 wird die EVS zum zehnten Mal durchgeführt. Infolge des großen Erhebungsumfangs von rund 60 000 Haushalten ist die EVS in besonderem Maße geeignet, die Einkommenssituation, den Lebensstandard und die Verhältnisse der Gesamtbevölkerung und ihrer verschiedenen Gruppen abzubilden. Die Daten der EVS sind wichtig für die Sozial-, Steuer- und Familienpolitik sowie für Armuts- und Reichtumsuntersuchungen.

Die Daten aller Jahrgänge der EVS werden in diesem Jahr erstmals vollständig als Mikrodaten für die Forschung in den empirischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften verfügbar sein. Sie stellen ein einzigartiges Potenzial zur Beschreibung und Untersuchung verschiedener Sachverhalte dar, insbesondere eignen sie sich zur Untersuchung des sozialen Wandels in Deutschland und zur Beschreibung sozialer Unterschiede.

Im Zentrum der ersten Nutzerkonferenz zur EVS stehen:

- die Vermittlung von Informationen über das Analysepotenzial der EVS-Mikrodaten,
- die Diskussion über neuere Forschungsergebnisse, die auf der Basis dieser Daten gewonnen wurden und
- der Erfahrungsaustausch zwischen Datennutzern und Datenproduzenten.

Die Konferenz wendet sich vornehmlich an Forscher und Wissenschaftler, die bereits mit den Mikrodaten der EVS arbeiten oder Interesse an der Arbeit mit den EVS-Daten haben.

Die EVS-Nutzerkonferenz ist eine gemeinsame Veranstaltung des Statistischen Bundesamtes und des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA).

Als Ansprechpersonen zur Konferenz stehen zur Verfügung:

- für das Statistische Bundesamt
Telefon 01888/644-8850 oder
Telefon 01888/644-8800,

- für das ZUMA
Telefon 0621/1246-278 oder
Telefon 0621/1246-153.

Weitere Informationen zu dieser Veranstaltung finden Sie auf den Internetseiten des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/download/d/veranstaltung/nutzerkonferenz_evs_ankuendigung.pdf.

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 jetzt als Public-Use-File erhältlich

Im August 2006 hat das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes das absolut anonymisierte Public-Use-File der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1962/63 fertig gestellt.

Mit der Rückerschließung der EVS 1962/63 erweitert die amtliche Statistik ihr Datenangebot an historischen Einzeldaten. Neben denen der EVS 1962/63 sind bereits Einzeldaten des Mikrozensus bis in die frühen 1970er-Jahre rückerschlossen und können für wissenschaftliche Auswertungen genutzt werden. Der Nutzerkreis des absolut anonymisierten Public-Use-Files der EVS 1962/63 ist nicht auf die Wissenschaft beschränkt. Alle interessierten Einrichtungen und Personen sind zugangsberechtigt und können das Public-Use-File auf einer CD-ROM über das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes beziehen.

Die in den Daten enthaltenen Merkmale umfassen insbesondere Informationen über die Haushaltsstruktur, detaillierte Angaben zur Erwerbstätigkeit des Haushaltsvorstandes, über die Einkommensentstehung und den Besitz ausgewählter langlebiger Gebrauchs- und Konsumgüter. Nach umfangreichen Recherchearbeiten war die Zusammenstellung einer ausführlichen Dokumentation möglich. Diese umfasst neben dem Datenhandbuch, diversen Klassifikationen und Signierschlüsseln alle Fachserien wie auch sämtliche anderen Veröffentlichungen der amtlichen Statistik zur EVS 1962/63. Die zusammengestellten Metadaten sind vollständig auf der Daten-CD-ROM und ausschnittsweise im Internet unter www.forschungsdatenzentrum.de/bestand/evs/puf/1962-63/index.asp zu finden.

Personalmeldungen

Statistischer Beirat

Dr. Niels Oelgart vertritt als Nachfolger von Dr. Matthias Schoder den Deutschen Industrie- und Handelskammertag im Statistischen Beirat.

Beigeordneter Dr. Helmut Fögt vertritt als Nachfolger von Dr. Ernst-Joachim Richter den Deutschen Städtetag im Statistischen Beirat.

Professor Dr. Walter Müller, Universität Mannheim, vertritt nicht mehr die Hochschulrektorenkonferenz im Statistischen Beirat. Ein Nachfolger wurde noch nicht benannt.

Oberregierungsrat Dr. Robert Säverin vertritt als Nachfolger von Regierungsdirektor Dr. Gert Ritter das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie im Statistischen Beirat.

Regierungsdirektor Klaus Busch vertritt als Nachfolger von Ministerialrat Hans-Jürgen Stübgen das Bundesministerium für Gesundheit im Statistischen Beirat.

Ministerialrätin Petra Löcker vertritt als Nachfolgerin von Ministerialrat Dr. Andreas Küchel das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Statistischen Beirat.

Regierungsdirektorin Dr. Evelyn Obele vertritt als Nachfolgerin von Ministerialrat Ingo Ruß das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Statistischen Beirat.

Ministerialrat Dr. Matthias Schmidt vertritt als Nachfolger von Prof. Dr. Westerhoff das Bundeskanzleramt im Statistischen Beirat als ständiges Gastmitglied.

Statistisches Bundesamt

Direktor beim Statistischen Bundesamt, Günter Kopsch, Leiter der Abteilung I „Grundsatzfragen der Bundes- und Internationalen Statistik, Informationsverbreitung“, ist mit Ablauf des 30. September 2006 in die Freistellungsphase seiner Altersteilzeit getreten.

Leitender Regierungsdirektor Jürgen Chlumsky, Leiter der Gruppe IA „Grundsatzfragen, Nationale und Internationale Koordinierung“, wurde mit der Wahrnehmung der Leitung der Abteilung I „Grund-

satzfragen der Bundes- und Internationalen Statistik, Informationsverbreitung“ beauftragt.

Leitende Regierungsdirektorin Hannelore Pöschl, Leiterin der Zweigstelle Bonn und der Abteilung VII „Dienstleistungen, Landwirtschaft, Umwelt“, wurde zur Abteilungspräsidentin ernannt.

Leitende Regierungsdirektorin Angela Schaff, Leiterin der Gruppe ID „Presse, Zentrale Informationsdienste, Bibliothek“, vertritt die Leitung der Gruppe IA „Grundsatzfragen, Nationale und Internationale Koordinierung“.

Leitende Regierungsdirektorin Imtraut Beuerlein, Leiterin der Gruppe VD „Löhne und Gehälter, Arbeitskosten“ wurde die Leitung der Gruppe VA „Preise“ übertragen.

Oberregierungsrätin Ute Öchsner wird nach Ablauf ihrer Beurlaubung in der Schriftleitung von „Wirtschaft und Statistik“ in Abteilung I eingesetzt.

Regierungsrat Roland Günther, Referatsleiter in der Gruppe VD „Binnenhandel, Gastgewerbe und Tourismus“, wurde zum Oberregierungsrat ernannt.

Regierungsrat Jörg Decker, Referatsleiter in der Gruppe VD „Binnenhandel, Gastgewerbe und Tourismus“, wurde zum Oberregierungsrat ernannt.

Regierungsrat Sebastian Koufen, Referatsleiter in der Gruppe VIC „Öffentliche Haushalte und Unternehmen“, wurde zum Oberregierungsrat ernannt.

Regierungsrat Frank Schüller wurde zum Referatsleiter in der Gruppe VIB „Bildung, Forschung und Entwicklung, Kultur, Rechtspflege“ bestellt.

Regierungsrätin Dr. Katharina Friedrich, Referatsleiterin in der Gruppe IID „Erwerbstätigkeit“, wurde mit Ablauf des Monats September 2006 in den Ruhestand versetzt.

Dr. Bernd Petrauschke, Referatsleiter in der Gruppe VII C „Dienstleistungen, Kostenstruktur, Eisen und Stahl, Auslandsberichterstattung“, ist mit Ablauf des 31. Juli 2006 in die Freistellungsphase seiner Altersteilzeit getreten.

Tagungskalender

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
---------------	------------	--------

Tagungen im Zeitraum Juli bis September 2006

5.- 7. September 2006	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
13./14. September 2006	Bonn	Referentenbesprechung „Fragen der Landwirtschaftsstatistik“
14. September 2006	Bonn	Referentenbesprechung „Flächenstatistik“
14./15. September 2006	Hannover	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
18.- 21. September 2006	Dresden	Statistische Woche
26. September 2006	Rendsburg	Referentenbesprechung „Insolvenz- und Überschuldungsstatistik“
26./27. September 2006	Bonn	Referentenbesprechung „Kinder- und Jugendhilfestatistik“
27./28. September 2006	Bonn	Referentenbesprechung „Sozialhilfestatistik“
27.- 29. September 2006	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“

Tagungen im Zeitraum Oktober 2006 bis März 2007

5./6. Oktober 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Steuerstatistik“
10.- 12. Oktober 2006	Düsseldorf	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
17./18. Oktober 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
18./19. Oktober 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
23./24. Oktober 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Gewerbeanzeigenstatistik“
24./25. Oktober 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
25./26. Oktober 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erhebungen im Baugewerbe, Bautätigkeitsstatistiken“

26./27. Oktober 2006	Kiel	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
31. Oktober 2006	Wiesbaden	Fachausschuss „Handelsstatistik“
2. November 2006	Wiesbaden	Fachausschuss „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“
7./8. November 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
8. November 2006	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
9./10. November 2006	Wiesbaden	Ausschuss „Hochschulstatistik“
14./15. November 2006	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
15./16. November 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
20./21. November 2006	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
21. November 2006	Wiesbaden	Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“
28./29. November 2006	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
23./24. Januar 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Fragen der Landwirtschaftsstatistik“
Januar 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“
6.- 8. Februar 2007	Wiesbaden	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
6./7. März 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handelsstatistik“ und Referentenbesprechung „Tourismusstatistik“
13./14. März 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Dienstleistungsstatistik“
15. März 2007	Bonn	Fachausschuss „Dienstleistungsstatistik“
15./16. März 2007	Duisburg	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
27./28. März 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
27./28. März 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Hochschulstatistik“
28./29. März 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verkehrsstatistik“
März 2007	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“

März 2007

Wiesbaden

Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“

März 2007

Bonn

Referentenbesprechung „Mikrozensus“

Haus- und Lieferadresse: Delta-Haus - Rotunde, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden
 ☒ Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden
 Telefax: +49 (0) 611 / 724000, Internet: <http://www.destatis.de>, E-Mail: post@destatis.de

Zweigstelle Bonn
 Haus- und Lieferadresse: Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn
 ☒ Postfach 170377, 53029 Bonn
 Telefax: +49 (0) 1888 / 6448990, Internet: <http://www.destatis.de>, E-Mail: post@destatis.de

i-Punkt Berlin - Internet: <http://www.destatis.de>, E-Mail: ipunkt@destatis.de
 EDS Europäischer Datenservice - Internet: <http://www.eds.destatis.de>, E-Mail: eds@destatis.de
 Haus- und Lieferadresse: Otto-Braun-Straße 70/72 (Eingang Karl-Marx-Allee), 10178 Berlin
 ☒ Postfach 11 01 02, 10831 Berlin, Telefon: +49 (0) 1888 / 6449427/28
 Telefax: +49 (0) 1888 / 6449430

Telefonische Erreichbarkeit für alle Dienststellen:
 +49 (0) 611 / 75-1 Bei Durchwahl: 75 und Hausanschluss-Nr. neben dem Namen wählen
 +49 (0) 1888 / 644-1 Bei Durchwahl: 644 und Hausanschluss-Nr. neben dem Namen wählen

Präsident^{a)}
Hahlen, Johann 2100
 Fax: 753183

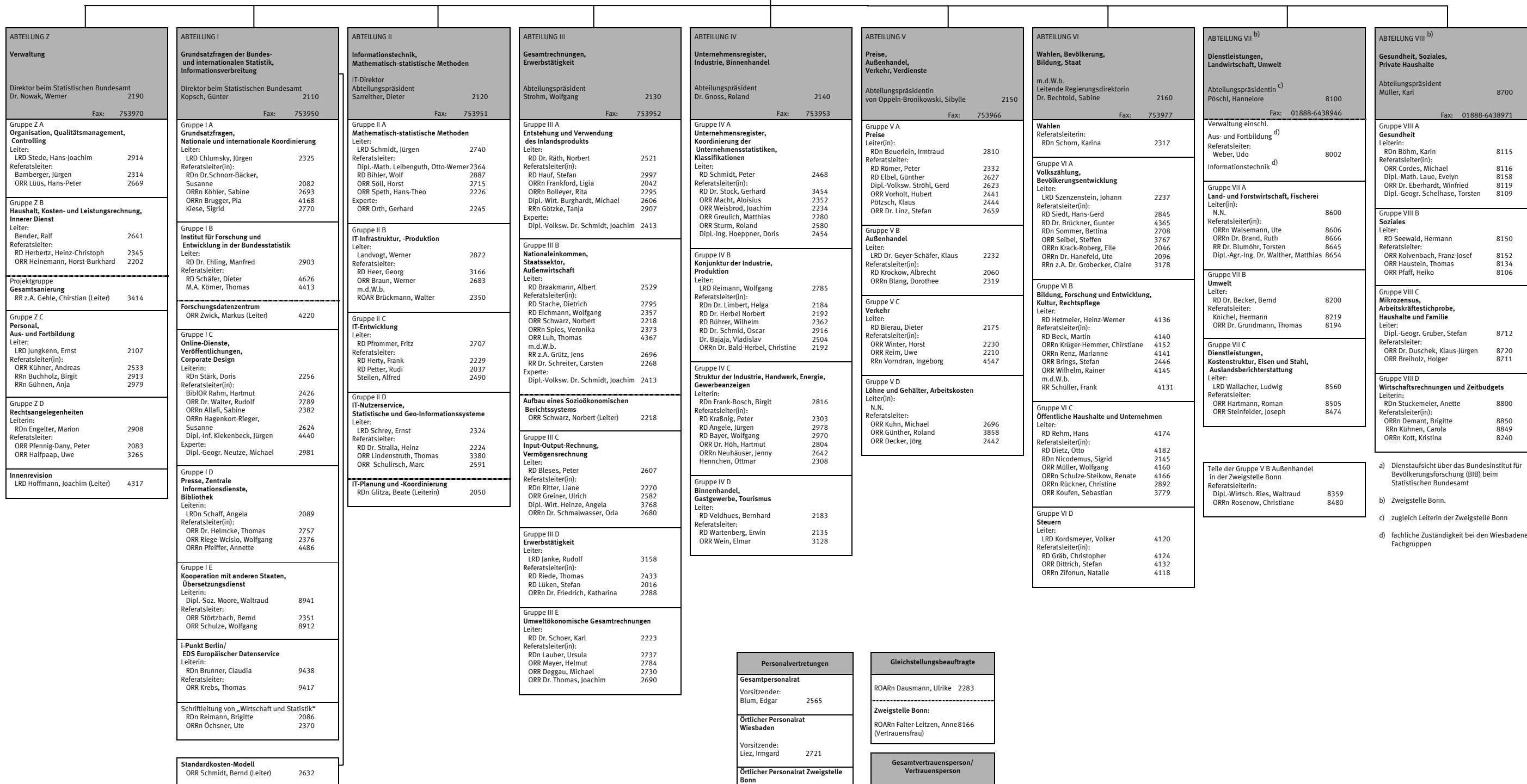
Vizepräsident
Radermacher, Walter 2200
 Fax: 753183

Bundeswahlleiter:
 Präsident Hahlen 2100
 Vertreterin: LRn Dr. Bechtold, Sabine 2160

Allgemeine Verbindung zum Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
 Geschäftsführer: LRn Glöckler, Wolfgang 2753
 Vertreterin: ORn Hein, Birgit 4288
 Fax: 752538

ORGANISATIONSPLAN

Stand: 15. September 2006
 Aktenzeichen: ZA/13010011-R1Plan



- a) Dienstaufsicht über das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB) beim Statistischen Bundesamt
- b) Zweigstelle Bonn.
- c) zugleich Leiterin der Zweigstelle Bonn
- d) fachliche Zuständigkeit bei den Wiesbadener Fachgruppen